

Kreis Herzogtum Lauenburg
Der Landrat
Fachbereich Jugend, Familie, Schulen und Soziales

18. Wahlperiode 2008-2013

Ansprechpartner: Herr Fries
Zimmer: 5
Telefon: (04541) 888-335
Fax: (04541) 888-150
E-Mail: Fries@Kreis-RZ.de
Mein Zeichen: 260
Datum: 18.11.2008

M:\Allgemein\Gremien\Soziales\Niederschrift\18-WPl2_Sitzung_11.11.2008.doc

N i e d e r s c h r i f t

**über die 2. Sitzung
des Sozialausschusses am 11. November 2008
in Ratzeburg, Barlachstr. 2**

Beginn: 16.00 Uhr

Ende: 22.05 Uhr

A. Mitglieder des Sozialausschusses:

Abge. Brieger - Vorsitzende -
Abg. Tormählen
Abg. Krieter
Abg. Rosell
Abg. Hagenah
Abg. Schmidt
Abg. J. Holst
bgl. Mitglied Dittmer
Abg. Ruhland
Abg. Feindt

B. Gäste:

Abg. Knüppel
Abg. St. Clasen
stv.bgl. Mitglied Rössner
Abge. Itzerott
Herr Stein, Alkohol- und Drogenberatung
Frau Gabler, Pflegeberatungsbüro

C. Vertreter der Seniorenbeiräte

Herr Pleßen

D. Von der Kreisverwaltung:

Herr Jung
Frau Kröpelin
Herr Dr. Kaufhold
Herr Dr. Riederer
Frau Cramer
Herr Dr. Fink
Herr Lück
Herr Kahts
Herr Fries - zugleich als Protokollführer -

Die Vorsitzende, Frau Brieger, eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Sozialausschusses fest.

Die Tagesordnung wird einstimmig um den Antrag der Fraktion DIE LINKE auf Weihnachtsbeihilfe ergänzt. Frau Brieger setzt diesen als TOP 8a fest.

Tagesordnung:

1. Stiftung Menschen in Not
2. Einwohnerfragestunde
3. Niederschrift über die 1. Sitzung des Sozialausschusses vom 09.09.2008
4. Verwaltungskooperation, öffentlich-rechtlicher Vertrag Veterinärwesen
5. Erlass einer Satzung über Erstattungen für Sozialleistungen des Kreises Herzogtum Lauenburg für das Jahr 2009
6. Alkohol- und Drogenberatung
7. Pflegestützpunkte
8. Sozialticket – Antrag der Fraktion DIE LINKE
- 8.a Weihnachtsbeihilfe - Antrag der Fraktion DIE LINKE
9. Haushaltsplanung 2009 - 1. Lesung
10. Anfragen, Mitteilungen, Verschiedenes

TOP 1

Stiftung Menschen in Not - Kreis Herzogtum Lauenburg

Frau Brieger eröffnet die gemeinsame Sitzung des Sozialausschusses und des Jugendhilfeausschusses zu diesem Tagesordnungspunkt.

Auf Nachfrage von Frau Granz teilt Herr Fries mit, dass es von kreisangehörigen Gemeinden keine Resonanz bezüglich einer Beteiligung an der geplanten Stiftung gebe.

Frau Streitbürger stellt die Frage, welches Vermögen in diese Stiftung einfließen solle.

Herr Fries teilt mit, dass vorgesehen sei, dass 1 Mio. Euro durch den Kreis aus einer Gewinnausschüttung aus Kreissparkassengewinnen in die Stiftung einfließen sollen und man versuchen wolle, eine Zustiftung durch die Kreissparkasse und durch kreisangehörige Gemeinden herbeizuführen.

Herr Rosteck weist darauf hin, dass es bei den Kommunen noch ein Informationsdefizit bezüglich der geplanten Stiftung gebe.

Herr Fries erwidert daraufhin, dass vorgesehen sei, nach erfolgter Beratung im Sozialausschuss und im Jugendhilfeausschuss eine Information an die Kommunen zu geben.

Auf Nachfrage von Frau Granz teilt Herr Jung mit, dass bezüglich der Genehmigungsfähigkeit der Satzung noch keine Aussage getroffen werden könne. Es gebe die Möglichkeit einer rechtlich selbstständigen oder einer rechtlich unselbstständigen Stiftung. Der Unterschied bestehe darin, dass bei einer rechtlich unselbstständigen Stiftung das eingebrachte Kapital bei Wegfall der Aufgabe zurückfließen könne.

Nach kurzer Diskussion beraten die Ausschussmitglieder über den vorgelegten 1. Entwurf einer Satzung der Stiftung „Menschen in Not - Kreis Herzogtum Lauenburg“ und die Förderungsgrundsätze der Stiftung „Menschen in Not - Kreis Herzogtum Lauenburg“.

Beide Entwürfe mit den von den Ausschussmitgliedern eingebrachten Änderungswünschen (diese sind kursiv gedruckt) sowie § 13 des Stiftungsgesetzes sind dem Protokoll beigelegt.

TOP 2 **Einwohnerfragestunde**

Es werden keine Fragen gestellt.

TOP 3 **Niederschrift über die 1. Sitzung des Sozialausschusses vom 09.09.2008**

Die Niederschrift wird zu TOP 8 wie folgt geändert: „Die Verwaltung stellt die Entwicklung von KIBIS ausgehend von einem Bundesmodell 1988 bis zur Abgabe der Trägerschaft durch den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband (DPWV) an den Arbeiter Samariter BUND (ASB) dar. Jährlich...“
Weitere Einwände gegen die Niederschrift werden nicht erhoben.

TOP 4 **Verwaltungskooperation, öffentlich-rechtlicher Vertrag Veterinärwesen**

Die Verwaltung stellt die bisherige Entwicklung der Verwaltungskooperation im Tierseuchenmanagement dar und erläutert das gemeinsame Krisenzentrum.

Herr Ruhland sieht insgesamt den Vorteil der Synergieeffekte, hinterfragt noch einmal die 25% Kostenbeteiligung des Kreises bei einem Vorfall im Nachbarkreis und die Personalstellung für das Tierseuchenmanagement.

Die Verwaltung führt hierzu aus, dass diese innerhalb jeder Kreisverwaltung erfolge und dort auch Personen aus anderen Verwaltungseinheiten zum Einsatz kommen. Vor kurzem habe eine Übung in diesem Bereich stattgefunden. Diese war nur auf unseren Kreis bezogen.

Auf die Frage des Herrn Rosell ob eine Kooperation über die Landesgrenzen hinaus in Betracht gezogen wird, führt die Verwaltung aus, dass eine solche wegen eines anderen Ausführungsgesetzes in Mecklenburg-Vorpommern nicht in Rede steht, aber durchaus eine enge Abstimmung erfolgt.

Beschluss: Der Sozialausschuss beschließt einstimmig:

Der Kreistag beschließt, den Abschluss des anliegenden öffentlich-rechtlichen Vertrages über eine Kooperation der Kreise Segeberg, Stormarn und Herzogtum Lauenburg im Bereich des Veterinärwesens und des Verbraucherschutzes.

TOP 5 **Erlass einer Satzung über Erstattungen für Sozialleistungen des Kreises Herzogtum Lauenburg für das Jahr 2009**

Die Verwaltung erläutert den Hintergrund der jährlich neu durch Satzung festzusetzenden Beteiligung der Gemeinden an den Kosten der Unterkunft und Heizung nach SGB II.

Beschluss: Der Sozialausschuss beschließt einstimmig:

Der Kreistag beschließt, eine Satzung über „Erstattungen für Sozialleistungen nach dem SGB II des Kreises Herzogtum Lauenburg“ für das Haushaltsjahr 2009 zu erlassen.

TOP 6 **Alkohol- und Drogenberatung**

Frau Brieger erteilt Herrn Stein als Geschäftsführer der Alkohol- und Drogenberatung (ADB) das Wort.

Herr Stein führt aus, dass der letzte Beschluss des Sozialausschusses vorsah, bei Veränderungen zu berichten. Dieser Fall sei nun mit dem geänderten Tarifvertrag eingetreten, dass für die Beschäftigten eine Steigerung von 3% in 2008 und weiteren 3% in 2009 vorsehe. Die seit 2004 festgeschriebenen Haushaltsmittel hätten im Laufe der Jahre zu einem Abbau einer Stelle geführt – vergleicht man die Stellensituation aus 2004. man betreue den Kreis mit nun 3,25 Stellen, was pro Mitarbeiter 65.000 Einwohner bedeute. Durch diese Überbelastung sehe er das System der ADB vor dem Kollaps und entsprechenden Handlungsbedarf.

Die Verwaltung führt dazu aus, dass es sich bei diesen an die ADB abgegebenen Aufgaben um Pflichtaufgaben des Kreises handele.

Auf die Frage zu Fallzahlen führt Herr Stein aus, dass die Erreichungszahl in den letzten Jahren stabil bei ca. 850 gelegen hat. Die gute Präventionsarbeit wird betont, gleichzeitig aber die Beteiligung der Gemeinden an der schulischen Prävention hinterfragt. Herr Stein sieht den Bedarf an entsprechender Prävention der sich an einer hohen Nachfrage festmachen lässt. Während der Kreis nur noch seine Schulen fördere, habe Ratzeburg (für ein Jahr) und Mölln die Mittel erhöht, die anderen aber ihre Ansätze eingefroren. Geesthacht richtete sich nach dem Bedarf.

In der Folge wird über die Folgekosten unterlassener Prävention diskutiert und der Erfolg der für ein Projekt zur Verfügung gestellten 20.700 € für eine ständige Sprechstunde in den Schulen erörtert, die durch ihre Dauerhaftigkeit eine große Wirkung zeigt. Angesprochen auf einen Fallzahlenvergleich mit anderen Kreisen wird herausgearbeitet, dass wir uns vor 2-3 Jahren im Mittelfeld befanden, nunmehr jedoch darunter lägen.

Die Zusammenarbeit mit der ARGE wird als gut und eng dargestellt, insbesondere da unsere ARGE dort auch fortschrittlich agiere.

In Anbetracht eines gültigen Delegationsvertrages sieht Herr Stein von seiner Seite keine Antragsmöglichkeit.

Frau Brieger legt es den Anwesenden nahe, diese Umstände noch einmal in ihren Fraktionen zu beraten und eine Dynamisierung, wie in anderen Fällen auch, einzubauen. Sie stellt für Ihre Fraktion einen Antrag auf Mittelerhöhung in Aussicht und hofft auf eine gemeinsame Mehrheit im Kreistag.

TOP 7

Pflegestützpunkte

Die Verwaltung erläutert anhand eines verteilten Vermerkes die derzeitige Situation der Pflegestützpunkte.

Frau Brieger erteilt dazu Frau Gabler vom Pflegeberatungsbüro das Wort, die darauf hinweist, dass der Trägerverein den Mitarbeitenden und die Räumlichkeiten gekündigt habe. Aufgrund von Überstunden und Urlaubsansprüchen werde das Büro die Beratung in den nächsten Wochen einstellen.

Der Ausschuss diskutiert die bisherige Entwicklung der Beratungsstelle und die neuen Aufgaben der Pflegekassen. Frau Brieger führt die wissenschaftliche Begleitung durch die Chr.-Albrecht-Universität in Kiel an, die am Beispiel Ostholstein den Nutzen solcher Beratungsstellen aufgezeigt habe. Herr Krieter sieht den Bedarf schnellen Handelns. Von ihm befragte Pflegebetriebe sehen die Entwicklung kritisch. Eine Vorfinanzierung sollte möglich sein. Herr Tormählen bringt vor dem Hintergrund des von ihm mit erarbeiteten Leitfadens Seniorenbetreuung seine Enttäuschung zum Ausdruck, sollte mit der Schließung der Beratungsstelle ein zentraler Anlaufpunkt des Leitfadens entfallen.

Frau Brieger legt es den Anwesenden nahe, diese Umstände noch einmal in ihren Fraktionen zu beraten. Sie stellt für Ihre Fraktion einen Antrag auf Mittelerhöhung in Aussicht.

TOP 8

Sozialticket – Antrag der Fraktion DIE LINKE

Herr Feindt erläutert den Antrag seiner Fraktion und verweist insbesondere auf gelungene Beispiele in Sachen Mobilität.

Der Ausschuss stellt sich die Frage, inwieweit solche geldwerten Leistungen eine Anrechnung durch die ARGE erfahren würden. Die Verwaltung schlägt vor dieses bei der ARGE nachzufragen. Grundsätzlich wird die Diskussion aufgeworfen, ob mit diesem Antrag eine Preismäßigung oder Preisfreiheit gemeint sei. Auch wird eine Zuständigkeit des Kreises nicht durchgängig gesehen, vielmehr seien Städte und Gemeinden die Ansprechpartner. Es wird angeregt, den Antrag konkreter auszuarbeiten und modifiziert einzubringen.

Herr Feindt zieht den Antrag zurück.

TOP 8a **Weihnachtsbeihilfe – Antrag der Fraktion DIE LINKE**

Der Ausschuss diskutiert die Zuständigkeitsfrage auch anhand verschiedener Beispiele aus den Gemeinden. Auch eine solche Beihilfe würde durch die ARGE angerechnet werden und der Kreis damit den Bundeshaushalt entlasten.

Herr Feindt zieht den Antrag zurück.

TOP 9 **Haushaltsplanung 2009 – 1. Lesung**

Die Verwaltung gibt an Beispiel des Produktes 41410 einen Überblick über die nun dargestellte Grundsystematik und beantwortet Fragen zum Haushalt 2009.

Der Ausschuss sieht allgemein die mit dem Haushalt zu beschließenden Kennzahlen als Steuerungsinstrument kritisch.

Im Einzelnen gibt es Anmerkungen zu folgenden Produkten:

Produkt 41110 – Kostenbeteiligung an Krankenhäusern anderer Träger:
Der Ausschuss hinterfragt die Transferaufwendungen.

Produkt 41420 - Fleischbeschau:
Herr Ruhland hinterfragt eine neu zu fassende Gebührensatzung Fleischbeschau.

Produkt 41210 – Sozialpsychiatrischer Dienst u.a.:

Zuschuss KIBIS – Kontaktstelle für Selbsthilfe 17.500 €
Die Verwaltung führt aus, dass die Trägerfrage noch offen sei. Neben dem ASB (Arbeiter Samariter Bund) habe sich auch der Paritätische Wohlfahrtsverband gemeldet. Beide hätten nun eine Umfrage unter den Selbsthilfegruppen durchgeführt.

Frau Itzerott regt einen Sperrvermerk in dieser Sache an, bis es im neuen Jahr zu einer Verhandlung kommen kann. Auf Anregung der Verwaltung sollten dazu dann auch beide Träger (ASB und DPWV) angehört werden.

Frau Brieger führt dazu aus, dass der Selbsthilfebeirat und die Mehrheit der Selbsthilfegruppen sich klar geäußert haben nicht mehr mit dem ASB zusammenarbeiten zu wollen und der Sozialausschuss diesem Anliegen auch folgen sollte.

Die Verwaltung regt an, auf einen Sperrvermerk zu verzichten und versichert, dass es keine Bewilligung in Bezug auf die Trägerschaft KIBIS geben wird, bevor nicht der Sozialausschuss seine Genehmigung erklärt hat. Diesem Vorschlag folgt der Ausschuss.

TOP 10 **Anfragen, Mitteilungen, Verschiedenes**

Herr Schmidt stellt eine mögliche Erhöhung der Kreisumlage in den Raum.

Herr Ruhland hinterfragt ein an die kreisangehörigen Städte und Ämter gerichtetes Informationsschreiben über die Entwicklung des Kosten der Unterkunft und Heizung nach SGB II. Die Verwaltung erläutert den Hintergrund und Inhalt des Schreibens.

Frau Brieger bittet den Ausschuss um ausnahmsweise Vorverlegung der nächsten Sozialausschuss-Sitzung am 25.11. auf einen Beginn um 14.30 Uhr. Der Ausschuss erklärt sich einverstanden.

gez. U.

Monika Brieger
- Vorsitzende -

gez. U.

Karsten Fries
- Protokollführer -